



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Wortprotokoll der 65. Sitzung

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Berlin, den 24. April 2024, 11:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
2.200

Vorsitz: Ulrike Bahr, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 6

Fachgespräch mit dem Antiziganismusbeauftragten
der Bundesregierung, Dr. Mehmet Daimagüler

Tagesordnungspunkt 2

Seite 22

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Auch im Ruhestand motiviert und mit Potential –
Arbeitsmarkt für unsere pensionierten Soldaten
öffnen**

BT-Drucksache 20/9140

Federführend:

Verteidigungsausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Rechtsausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Berichterstatter/in:

Abg. Nadine Ruf [SPD]

Abg. Mareike Lotte Wulf [CDU/CSU]

Abg. N. N. [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Nico Tippelt [FDP]

Abg. N. N. [AfD]

Abg. N. N. [Die Linke]

Abg. Zaklin Nastic [BSW]



Tagesordnungspunkt 3

Seite 22

Antrag der Abgeordneten René Springer, Jürgen Pohl, Gerrit Huy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Sozialstaatsmagnet sofort abstellen – Ende des Rechtskreiswechsels für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Einführung eines strengen Sachleistungsprinzips für Asylbewerber

BT-Drucksache 20/4051

Federführend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Leni Breymaier [SPD]

Abg. Mareike Lotte Wulf [CDU/CSU]

Abg. Schahina Gambir [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Matthias Seestern-Pauly [FDP]

Abg. N. N. [AfD]

Abg. N. N. [Die Linke]

Abg. Zaklin Nastic [BSW]

Tagesordnungspunkt 4

Seite 22

Verschiedenes



Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Anwesenheit	Stellvertretende Mitglieder	Anwesenheit
SPD	Bahr, Ulrike	ja	Demir, Hakan	nein
	Baldy, Daniel	nein	Diedenhofen, Martin	nein
	Breymaier, Leni	ja	Döring, Felix	nein
	Fäscher, Ariane	ja	Glöckner, Angelika	nein
	Hennig, Anke	ja	Lehmann, Sylvia	nein
	Hostert, Jasmina	ja	Lindh, Helge	nein
	Lahrkamp, Sarah	ja	Mascheck, Franziska	nein
	Malottki, Erik von	ja	Nickholz, Brian	nein
	Ortleb, Josephine	ja	Rix, Sönke	nein
	Ruf, Nadine	ja	Vontz, Emily	nein
	Schwartze, Stefan	ja	Yüksel, Gülistan	nein
CDU/CSU	Bernstein, Melanie	ja	Bär, Dorothee	nein
	Breher, Silvia	ja	König, Anne	nein
	Edelhäuser, Ralph	ja	Lehrieder, Paul	nein
	Janssen, Anne	ja	Magwas, Yvonne	nein
	Leikert, Dr. Katja	ja	Nacke, Dr. Stefan	nein
	Pahlmann, Ingrid	ja	Rief, Josef	nein
	Tebroke, Dr. Hermann-Josef	ja	Rüddel, Erwin	nein
	Timmermann-Fechter, Astrid	ja	Schimke, Jana	nein
	Wiesmann, Bettina M.	ja	Staffler, Katrin	nein
	Wulf, Mareike Lotte	ja	Willsch, Klaus-Peter	nein
BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN	Fester, Emilia	ja	Bsirske, Frank	nein
	Gambir, Schahina	ja	Heitmann, Linda	nein
	Krumwiede-Steiner, Franziska	ja	Lang, Ricarda	nein
	Loop, Denise	ja	Schulz-Asche, Kordula	nein
	Schauws, Ulle	nein	Tesfaiesus, Awet	nein
	Slawik, Nyke	ja	Walter-Rosenheimer, Beate	ja
FDP	Adler, Katja	ja	Helling-Plahr, Katrin	nein
	Bauer, Nicole	nein	Jensen, Gyde	nein
	Gassner-Herz, Martin	ja	Lenders, Jürgen	nein
	Seestern-Pauly, Matthias	ja	Raffelhüschen, Claudia	nein
	Tippelt, Nico	ja	Westig, Nicole	nein



Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Anwesenheit	Stellvertretende Mitglieder	Anwesenheit
AfD	Bollmann, Gereon Ehrhorn, Thomas Harder-Kühnel, Mariana Iris Reichardt, Martin	ja nein nein ja	Gottschalk, Kay Höchst, Nicole Schmidt, Jan Wenzel Storch, Beatrix von	nein nein nein nein
Gruppe Die Linke	Akbulut, Gökay	ja	Reichinnek, Heidi	nein
Gruppe BSW	Nastić, Žaklin	nein	N. N.	
fraktionslos	Huber, Johannes	nein		

Mitglieder der Bundesregierung

- Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler, Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland
- Ekin Deligöz, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **Vorsitzende**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Platz zu nehmen, damit wir in Ruhe beginnen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen, ich begrüße Sie zur 65. Sitzung des Familienausschusses. Vom Familienministerium begrüße ich sehr herzlich die Parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz.

Ich begrüße auch die Zuschauerinnen und Zuschauer, sowie die übrigen Kolleginnen und Kollegen, die uns heute per Videokonferenz zugeschaltet sind. Das ist nach meiner Information Frau Kollegin Breher von der CDU/CSU-Fraktion. Bestätigen Sie kurz, Frau Breher, dass Sie da sind.

Abg. **Silvia Breher** (CDU/CSU): Guten Morgen. Ich bin da. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Guten Morgen. Danke sehr.

Hinweis des Sekretariats: Folgende Abgeordnete haben sich per WebEx zur Sitzung zugeschaltet:

o Silvia Breher (CDU/CSU-Fraktion).

Die **Vorsitzende**: Da wir öffentlich tagen, noch der Hinweis zur Sitzung: Die Sitzung wird live übertragen. Sie wird dann im Internet abrufbar sein. Bild- und Tonaufzeichnungen durch andere Personen sind während der Sitzung nicht gestattet. Dann können wir beginnen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mitgeteilt, dass Frau Abgeordnete Ricarda Lang ihren Sitz als ordentliches Mitglied dieses Ausschusses abgibt. Frau Lang wird stellvertretendes Mitglied. Frau Abgeordnete Nyke Slawik, bisher stellvertretendes Mitglied, wird ordentliches Mitglied im Familienausschuss.

Ich weise auf die Tagesordnung hin.

Wir beginnen mit TOP 1. Das ist das Fachgespräch mit dem Antiziganismusbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler. Hierfür ist ein Zeitrahmen von 60 Minuten vorgesehen.

Die TOP 2 und 3 sind Votenanforderungen anderer Ausschüsse und sollen ohne Aussprache abgestimmt werden. TOP 4 ist Verschiedenes.

Sind Sie mit dem Ablauf der Sitzung so einverstanden? Dann können wir so verfahren.

Die vorgeschlagene Tagesordnung findet einhellige Zustimmung.

Die **Vorsitzende**: Vor Eintritt in die Tagesordnung kann ich Ihnen noch mitteilen: Die Obleute haben sich dafür ausgesprochen und geeinigt, dass die Anzahl der zu benennenden Sachverständigen für die Anhörung am 13. Mai 2024 einmalig von 12 auf 14 erweitert werden soll und die Verteilung unter den Fraktionen nach AZUR vorgenommen wird. Das bedeutet:

- SPD: 4
- CDU/CSU: 4
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 2
- FDP: 2
- AfD: 1
- Gruppe Die Linke: 1

plus die kommunalen Spitzenverbände.

Die Dauer der Anhörung erweitert sich sodann auf 110 Minuten bei Eingangsstatements der Sachverständigen von je drei Minuten.

Wenn es hier keinen Widerspruch gibt, dann können wir für die Anhörung am 13. Mai 2024 so verfahren. Gut, dann machen wir es so.



Der Ausschuss beschließt einstimmig das vorgeschlagene Format für die öffentlichen Anhörung am 13. Mai 2024.

Tagesordnungspunkt 1

Fachgespräch mit dem Antiziganismusbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Mehmet Daimagüler

Die **Vorsitzende**: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf. Herr Dr. Daimagüler, ich heiße Sie ganz herzlich willkommen hier bei uns im Ausschuss und freue mich, dass Sie da sind und uns berichten. Sie gehören zu unserem Ressort und insofern ist es inhaltlich sehr wichtig, dass Sie da sind und wir uns austauschen. Wir begrüßen Sie natürlich mit einem Beifall.

Herr Dr. Daimagüler wird ein Statement von circa 15 Minuten abgeben und dann steigen wir in die zwei Frage-Antwort-Runden ein. Herr Dr. Daimagüler, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Frau Vorsitzende, ganz herzlichen Dank für die Einladung, für die Gelegenheit, hier sprechen zu dürfen. Ich würde gerne diese Gelegenheit nutzen, um einige Grundzüge der Aufgabenstellung, einige Punkte, die wir schon in Angriff genommen haben, und das, was noch vor uns liegt, zu beschreiben. Dann würde ich gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Das Amt wurde vor etwa zwei Jahren per Kabinettsbeschluss geschaffen. Ich bin im März vorletzten Jahres berufen worden und habe am 1. Mai 2022 angefangen. Grundlage der Arbeit ist der Abschlussbericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, deren Ergebnisse vom damaligen Innenminister Seehofer 2021 vorgestellt worden sind. Eine der zentralen Forderungen und Handlungsempfehlungen dieses Berichtes war die Schaffung dieses Amtes.

Wesentliche Aufgaben der Dienststelle sind zum einen Maßnahmen gegen Antiziganismus ressortübergreifend zu koordinieren, zum anderen Maßnahmen der Länder und des Bundes zu koordinieren und für die Bundesregierung zentraler Ansprechpartner der Community zu sein.

Wir haben die letzten zwei Jahre sehr viel Zeit verbracht, investiert, zum einen in das Kennenlernen der Community. Ich habe über 200 Treffen gehabt. Die Community ist über ganz Deutschland verstreut, ist unheimlich divers, unheimlich kenntnisreich, agil. Es war für mich persönlich wie fachlich eine unglaubliche Bereicherung, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Dazu später mehr.

Wir haben in der Zeit natürlich auch das Amt aufgebaut. Wir sind angesiedelt im Familienministerium. Wir haben dort tatkräftige Hilfe der Kolleginnen und Kollegen im Ministerium erfahren dürfen – sowohl von den Kolleginnen und Kollegen aus der Zentralabteilung als auch von den Kolleginnen und Kollegen aus der Fachabteilung. Für uns hat sich auch die räumliche Nähe zu den geschätzten Kolleginnen und Kollegen/Beauftragten als Segen erwiesen. Sven Lehmann als Queerbeauftragter ist nur einige Türen entfernt, die Antidiskriminierungsbeauftragte Ferda Ataman ist Tür an Tür. Das hilft schon sehr, in der täglichen Arbeit so kurze Wege zu gehen.

Wir haben, und das sage ich jetzt ganz ehrlich, gerade in diesem Raum einen wirklich enormen Rückenwind im letzten Dezember erfahren. Sie, Abgeordnete, haben fraktionsübergreifend den Abschlussbericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus diskutiert und haben ein umfangreiches Beschlussempfehlungspaket mit insgesamt 27 einzelnen Empfehlungen beschlossen, die wir inhaltlich aufgegriffen haben, die wir umsetzen werden. Für mich persönlich ist auch ganz wichtig, uns ist aufgetragen worden, einmal per Legislaturperiode einen Bericht zum Stand des Kampfes gegen Antiziganismus dem Deutschen Bundestag vorzulegen. Damit ist aus unserer Sicht sichergestellt, dass dieses Thema die Bedeutung erfährt, die es für die Menschen hat.



Ich bin den Berichtersteller*innen des Deutschen Bundestages zum Thema unheimlich dankbar für die vertrauensvolle und gute sowie enge Zusammenarbeit auf dem Weg zu dieser Beschlussempfehlung.

Ich fand es wirklich beeindruckend, gerade in diesen Zeiten, im Dezember, zu erleben, wie alle demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag ernsthaft mit einer, wie ich meine, auch großen Würde sich dieses Themas angenommen haben und zu einem Ergebnis gekommen sind, das sich wirklich sehen lassen kann. Ich glaube, das war gerade in diesen Tagen, ich betone es nochmal, ein unheimlich wichtiges Zeichen.

Eine der Aufgaben, die wir im Ministerium als Teil der Bundesregierung haben, ist, dazu beizutragen, dass Sinti und Roma mitgedacht werden, dass dieses Thema stattfindet. Wir sind eingebunden in das Berichtswesen der Bundesregierung. Wir nehmen an den Abstimmungen teil, auch in den Staatssekretärsrunden. Wir nehmen Stellung auch zu Gesetzespaketen. Wir haben Stellung genommen beispielsweise zum Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts. Aktuell haben wir die Beratung zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Einbürgerungstestverordnungen.

Lassen Sie mich hier ein Beispiel dafür geben, was wir machen. Wir haben bei diesem Test die Debatte darum, inwiefern man bei den Einbürgerungswilligen das Thema Antisemitismus abfragen kann. Das ist ein kontroverses Thema. Wir haben dazu Stellung genommen, weil wir meinen, wenn diese Themen bei Einbürgerungswilligen abgefragt werden sollen, wenn man das ernst nimmt, müssten auch Themen abgefragt werden zum Völkermord an und zur Geschichte der Sinti und Roma. Ich glaube, das ist vonseiten der Politik ein unheimlich problematisches Zeichen, wenn man Fragen zum Völkermord an den Juden Europas stellt, aber die Sinti und Roma als Opfer des Völkermords einfach nicht erwähnt. Das geht aus unserer Sicht nicht. Das sind die Stellen, wo wir uns zu Wort melden und hoffen, auch gehört zu werden.

Wir haben teilgenommen an dem Bericht der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Universal Public Review des UN-Menschenrechtsrates. Da haben wir dazu beigetragen, dass das Thema Sinti und Roma, also der Menschenrechtsstand der Sinti und Roma in Deutschland, Erwähnung findet. Ich selbst habe diesen Teil in Genf vorstellen dürfen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns auf internationaler Ebene bei diesem Thema zu Wort melden. Ich glaube, das wird aufmerksam wahrgenommen, gerade bei unseren osteuropäischen Partnern, wie wir mit diesem Thema umgehen.

Ich habe uns auch an der Gesamtstrategie der Bundesregierung gegen Rassismus und Rechtsextremismus beteiligt. Wir haben zum Fünften Gemeinsamen Bericht der ADS, der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, beigesteuert und so weiter und so fort.

Ein zentrales Vorhaben von uns, auch eine zentrale Handlungsempfehlung der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, ist die Schaffung einer ständigen Bund-Länder-Kommission Antiziganismus. Dort ist die ständige Kommission Antisemitismus Vorbild. Ich bin hier natürlich in einem engen Austausch mit dem von mir sehr geschätzten Kollegen Dr. Felix Klein. Ich glaube, wir brauchen eine solche ständige Kommission, damit eben das Thema Sinti und Roma nicht lediglich situativ beraten wird, sondern als ständiges und dauerhaftes Thema Eingang in Beratungen findet.

Wir sind jetzt gerade in der Feinabstimmung für die Schaffung dieser Kommission. Wir haben sehr gute Gespräche gehabt mit den 16 Bundesländern. Wir haben gute Gespräche mit den Schlüsselressorts, auch mit dem Bundeskanzleramt. Nach jetzigem Fahrplan hoffen wir, dass bei dem nächsten Bund-Länder-Gespräch im Juni diese Kommission beschlossen und eingerichtet werden kann, sodass wir im Herbst die Arbeit dieser Kommission aufnehmen können.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Aufarbeitung der sogenannten zweiten Verfolgung. Damit sind die staatlichen Zwangsmaßnahmen gemeint, die nach 1945 gegenüber der Minderheit praktiziert



wurden. Diese Maßnahmen sind bedrückend. Die sind bedrückend in ihrer Intensität und ihren anhaltenden Folgen. Unser Bundespräsident hat sich vor etwa zwei Jahren für unser Land für die zweite Verfolgung entschuldigt. Wir wollen das aufarbeiten.

Ich möchte nicht zu sehr in die Details gehen, aber lassen Sie mich nur ein Beispiel dafür nennen, für die Dinge, die nach 1945 passiert sind. Da kamen Überlebende der Lager Sobibór, Treblinka, Auschwitz an ihre Heimatorte. Wir reden hier von Menschen, die zu Hause sind, die Deutsche sind, die seit Jahrhunderten in Deutschland waren. Dann wurde diesen Menschen die Ausgabe von Geburtsurkunden, von Ausweispapieren und so weiter einfach verweigert. Mit der Begründung, „Z“ könnten doch keine Deutschen sein. Das heißt, der Geist von Nürnberg lebte fort.

Dieses Wort von William Faulkner: „Die Vergangenheit ist nicht tot, sie ist noch nicht einmal vergangen“, es wurde für mich sehr reell. Wenn ich auf Veranstaltungen gehe, in Köln zum Beispiel, und da kommen junge Leute zu mir, die mir dann sagen: „Wir sind staatenlos, seit sie unseren Großeltern/Urgroßeltern die Papiere weggenommen haben.“ Das sind Dinge, die aufgearbeitet werden müssen. Das wollen wir machen.

Wir werden diese Kommission einsetzen. Und diese Kommission wird im Design und von der Leitung und von der Arbeit her von der Community selbst getragen. Das ist keine Kommission, wo die Dominanz- oder Mehrheitsgesellschaft die Aufarbeitung macht und die Betroffenen Zaungäste sind. Damit muss Schluss sein mit diesem paternalistischen Ansatz, den wir über viele Jahrzehnte gehabt haben. Die Leute aus der Community haben zu Recht von solchen Sachen die Schnauze voll, um das mal ganz deutlich zu sagen. Das ist wirklich ein zentrales Vorhaben.

Wir haben auch den Ansatz, dass wir eine Plattform bieten wollen, wo die Menschen zusammenkommen können, auch die Politik treffen können. Wir haben letztes Jahr das erste Forum Sinti und Roma gehabt. Wir hatten knapp 180 Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland. Es war eine

unheimlich intensive Begegnung mit guten Gesprächen. Wir wollen das als dauerhaftes Format etablieren und Ende des Jahres etwas in einem größeren Rahmen machen. Wir sind da in der Planung.

Ein ganz wichtiges Jahr ist für uns 2024. Der 2. August ist anerkannt als der Holocaust-Gedenktag für die Sinti und Roma Europas. Am 2. August 1944 wurden in Auschwitz-Birkenau die letzten dort noch lebenden Sinti und Roma ermordet. Das sogenannte Z-Lager wurde aufgelöst. Es jährt sich dieses Jahr zum 80. Mal. Ich war die letzten zwei Jahre für unser Land als Teilnehmer an den Gedenkveranstaltungen in Auschwitz. Letztes Jahr habe ich gemeinsam mit der Beauftragten in Thüringen, der Justizministerin Doreen Denstädt, eine Delegation eingeladen. Wir werden das dieses Jahr etwas größer machen.

Es ist eine unheimlich berührende und wirklich auch würdevolle Veranstaltung, die dort zu sehen ist. Es ist intensiv, mit den Überlebenden zu sprechen, mit einer Hand voll von Überlebenden, denen wir noch zuhören dürfen. Es ist aber auch wirklich beeindruckend, mit den jungen Leuten aus der Community zu sprechen, die dahinfahren und nicht nur gedenken, sondern auch deutlich machen, dass sie tatsächlich aus der Vergangenheit gelernt haben und diese Vergangenheit eben nicht in ein Vakuum gepackt in der Vergangenheit entsorgt sehen, sondern als Aufgabe und Herausforderung für heute betrachten.

Ich schäme mich fast, das zu sagen, aber ich schöpfe selbst dort sehr viel Kraft. Eigentlich sollten wir als Politik hingehen und den Menschen Kraft geben. Hier ist es wirklich umgekehrt. Es ist für mich eine wahnsinnig wichtige Zusammenkunft, die wir dort haben.

Lassen Sie mich jetzt am Ende noch einige Modellprojektevorhaben bzw. Vorhaben beschreiben, die wir angestoßen haben. Wir haben eine Runde einberufen, das nannte sich „Stiftungsengagement gegen Antiziganismus und für mehr Teilhabe“. Ich glaube, wir haben, Gott sei Dank, in Deutschland eine ganz ausgeprägte und agile Stiftungslandschaft, die in den Bereichen Bildung zum



Beispiel aktiv ist. Wir wollen sie zusammenbringen mit Akteur*innen der Selbstorganisationen der Sinti und Roma. Ich glaube, dass da eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit entstehen kann. Zum Teil gibt es sie schon. Wir wollen das fördern.

Bei uns im Haus ist der Bundesfreiwilligendienst angesiedelt. Wir wollen auch hier schauen, wie können wir die Community zusammenbringen mit dem Bundesfreiwilligendienst, und zwar in beide Richtungen, junge Leute aus der Mehrheitsgesellschaft, die in die Community gehen, und Leute aus der Community, die in Organisationen der Mehrheitsgesellschaft arbeiten.

Wir haben ein Projekt gefördert. Da geht es darum, dass systematisch ein Politik- und Pressemonitoring etabliert wird, sprich, dass ausgewertet wird, in welchen Kontexten Sinti und Roma in den Medien genannt werden. Dies soll dann auch wissenschaftlich ausgewertet werden.

Wir wollen uns jetzt intensiv bei uns im Haus, im Ministerium, das ganze Thema Freie Wohlfahrtspflege anschauen. Wir haben beispielsweise einen jüdischen Wohlfahrtsverband, wir haben einen Wohlfahrtsverband der Muslime. Es macht Sinn, sich das auch im Zusammenhang mit Sinti und Roma anzuschauen.

Wir haben bei uns im Haus die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus, MIA, angesiedelt. Sie ist nicht in meiner Dienststelle angesiedelt, aber im BMFSFJ. Ich halte MIA für ein ganz wichtiges Instrument, wenn man sich einen Überblick über die Situation von Sinti und Roma und antiziganistische Vorfälle verschaffen will. Die MIA hat im letzten Jahr ihren ersten Bericht vorgelegt mit über 600 Fällen, die da beschrieben worden sind. Ich gehe davon aus, dass diese über 600 Fälle leider Gottes nur die Spitze eines Eisberges sind, dass die Dunkelziffer sehr viel höher ist. MIA ist ein ganz wichtiges Instrument. Wir unterstützen das aus Überzeugung, wo wir können. Was wir uns anschauen, ist der Aufbau eines Rechtshilfenetzwerkes von Anwältinnen und Anwälten, die Betroffenen tatsächlich rechtlich als Ergänzung von MIA zur Seite stehen können. Da sind wir im Stadium, dass wir uns das anschauen.

Alles in allem, das möchte ich zusammenfassend festhalten: Grundlage unserer Arbeit, meiner Arbeit, ist die enge Zusammenarbeit mit der Selbstorganisationslandschaft, die sehr vielfältig ist, die sehr kenntnisreich ist und die eine wichtige Ressource ist, auch für öffentliche Stellen, für Verwaltungen. Wir haben zum Beispiel im Zusammenhang mit der Flucht von Roma aus der Ukraine, in Thüringen, in Baden-Württemberg und an anderen Standorten eine enge Zusammenarbeit zwischen den Selbstorganisationen und der öffentlichen Verwaltung gehabt, wo dann Leute aus den Kommunen fit gemacht worden sind im Umgang mit diesen Geflüchteten. Ich glaube, das sind Sachen, die wir unterstützen sollten. Ich glaube, dass wir dort ein großes Potenzial haben, was es auszuschöpfen gilt. Ganz herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herr Dr. Daimagüler, ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Wir kommen jetzt zur ersten Frage- und Antwortrunde, wo Sie die Gelegenheit haben, Fragen an Herrn Dr. Daimagüler zu stellen.

Der weitere Ablauf des Fachgesprächs ist wie folgt: Zwei Frage- und Antwortrunden. In der ersten Runde hat jede Fraktion vier Minuten Zeit für die Fragen und die Antworten von unserem Gast. In der zweiten Runde hat jede Fraktion drei Minuten. Dann gibt es noch die Gruppen. Ihnen steht die Hälfte der Zeit jeweils zur Verfügung, also zwei für die erste und eineinhalb für die zweite Runde pro Gruppe. Insgesamt circa 45 Minuten.

Dann beginnen wir mit der ersten Frage- und Antwortrunde. Es beginnt die Fraktion der SPD mit der Kollegin Hostert. Bitte sehr.

Abg. **Jasmina Hostert** (SPD): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Herzlichen Dank, dass Sie auch heute da sind und dass wir über das wichtige Thema Kampf gegen Antiziganismus sprechen.

Ich bin bei der Vorbereitung auf ein Zitat gestoßen, wo eine junge Person berichtet, dass sie während der Schulzeit, während der Ausbildungszeit, nie oder es gemieden hat, zu sagen, dass sie Roma ist. Erst, wenn vertrauliche Beziehungen



entstanden sind, dann traute sie sich, dies zu äußern. Da ist meine Frage, gerade im Bereich der Jugend- und Kinderpolitik, welche Maßnahmen sind erforderlich, damit junge Menschen über Diskriminierung sprechen? Was müssen wir tun, damit Diskriminierung nicht stattfindet? Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage geht in die Richtung Prostitution. Viele Roma-Frauen werden in die Prostitution gezwungen und deswegen nach Deutschland gebracht. Vielleicht können Sie dazu auch ein paar Worte sagen. Was können wir dagegen tun, dass gerade Roma-Frauen nicht nach Deutschland in die Prostitution gezwungen werden?

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Wir kommen zur Beantwortung. Bitte sehr.

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Zur ersten Frage: Es ist wirklich ein weites Feld. Lassen Sie mich folgende Begebenheit schildern: Ich war letztes Jahr in Auschwitz und habe mit einem dieser jungen Menschen gesprochen, die dort sind. Da war eine junge Frau von 17 oder 18 Jahren, die in einer westdeutschen Stadt, aus der die Familie stammt, aus der die Vorfahren deportiert worden waren, lebt und eine Ausbildung in der Stadtverwaltung macht. Ich dachte mir, was für ein Privileg und was für ein Glück wir haben, dass dieser junge Mensch Vertrauen genug hat, in der Stadtverwaltung eine Ausbildung zu machen, die an der Deportation und Ermordung der Vorfahren mitgewirkt hat. Dann erzählte sie mir allerdings, dass in dieser Dienststelle, bei dem Arbeitgeber, niemand weiß, dass sie eine Sintiza ist, weil sie ja hört, wie die Kolleginnen und Kollegen über Z sprechen. Das hat mich zutiefst beschämt. Ich kann das verstehen, dass sie es nicht bekannt machen will, weil sie Nachteile befürchten muss.

Was können wir tun? Ich glaube, das ist eine Aufgabe für uns als Mehrheitsgesellschaft. Wir müssen uns bewusstwerden, dass wir hier Defizite haben, dass wir in den Abgrund blicken müssen, dass wir anerkennen müssen, dass wir einen wichtigen Teil unserer Identität, einen wichtigen

Teil unserer Gegenwart und Vergangenheit, auf die Seite gedrückt haben. Wir müssen es als ersten Schritt anerkennen.

Ich glaube, dass wir damit schon frühzeitig anfangen müssen. Der Abschlussbericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus hat deswegen einen großen Wert auf die Lehrerausbildung, auf die Curricula in den Universitäten und die Schulbücher gelegt. Wenn man sich die Schulbücher anschaut, Sinti und Roma tauchen gar nicht oder nur am Rande auf. Wenn es um den Völkermord geht, werden sie häufig nur cursorisch genannt. Aber ich glaube, der Beitrag, den Sinti und Roma zum Beispiel zu unserer Kultur geleistet haben, ist überhaupt kein Thema. Die Wiener Klassik wäre ohne die Musik von Sinti und Roma nicht denkbar.

Das heißt, Vereinbarungen, wie zum Beispiel zwischen der Kultusministerkonferenz und dem Zentralrat der Sinti und Roma zu mehr Ausbildung, das sind wichtige Schritte, die wir investieren müssen. Ich glaube, wir sollten das einfach aus Eigennutz auch tun. Uns entgeht ein großer Teil unserer reichen kulturellen Gegenwart, wenn wir das einfach nicht wissen. Ich glaube, in den Schulen muss es anfangen.

Das andere Thema ist Empowerment, das hört man ständig. Ich glaube, wir haben jetzt zum ersten Mal ganz deutlich sichtbar eine so lautstarke, eine so zum Mitarbeiten und mit Selbstbewusstsein auftretende Selbstorganisationslandschaft, dass wir diese stärken müssen. Dieses Stärken bedeutet, dass man sie als Partner anerkennt, damit eben die Menschen in der Community sehen: Wir werden gehört.

Die **Vorsitzende**: Die Zeit ist eigentlich um, aber wollen Sie zu dem anderen Punkt noch einen Satz sagen? Da war noch eine zweite Frage, ansonsten müssten Sie es in der zweiten Runde tun. Bitte sehr.

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland):



Das ist ein wirklich wichtiges Thema, ganz ehrlich, weil es so ein weites Feld ist. Generell gesprochen, ich glaube, wir brauchen einen anderen Umgang mit Prostitution. Ich glaube, dass wir so weit kommen müssen, dass Prostitution generell verboten ist und strafrechtlich geahndet wird.

Was Roma-Frauen angeht, ich kenne diese Problematik, ich habe davon gehört, müssen wir einfach sehen, dass hier der zutiefst schambehaftete Kontext zu Lasten der Frauen ausgenutzt wird. Ich würde mir wünschen, dass sowohl das BKA als auch die Landeskriminalämter dieses Thema überhaupt als Thema annehmen. Da sind wir wirklich noch in einem embryonalen Stadium.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU mit Frau Wiesmann, bitte sehr.

Abg. **Bettina Margarethe Wiesmann** (CDU/CSU): Einen schönen guten Tag. Ich freue mich auch sehr, dass Sie hier sind und dass wir über das Thema sprechen können. Danke auch sehr für Ihren Eingangsvortrag.

Ich hätte als Erstes eine Wissensfrage. Ich bin erst seit kurzem Berichterstatterin für dieses Thema und ich wüsste gerne, warum Ihre Stelle tatsächlich in unserem Ausschuss, was ich ja begrüße, weil ich dann mehr erfahren kann, aber warum Sie tatsächlich nicht im BMI angesiedelt sind. Was ist da die Logik? Denn dort sind andere wesentliche Projekte in dem Zusammenhang Antiziganismusbekämpfung, die Nationale Strategie, der Beratende Ausschuss, angesiedelt. Da gibt es vielleicht einen Grund, aber auf jeden Fall würde mich auch interessieren, wie Sie mit diesen Bereichen dieses Gesamtvorhabens, des anderen Ministeriums, zusammenarbeiten.

Meine zweite Frage geht in Richtung Schwerpunkt Ihrer Tätigkeit. Aufarbeitung habe ich verstanden und auch einiges mehr. Sie haben aber weniger, wie ich finde, noch zur Prävention gesagt. Da kommt auch die Frage der Länder ins Spiel, wenn wir wie eben über Bildung und Schulen sprechen. Wie weit sind die Länder und wie

schätzen Sie die Bedeutung dieser Zusammenarbeit im Vergleich zu anderen Themen ein? Was würden Sie sich vielleicht von Ländersseite wünschen, damit beispielsweise im Hinblick auf die Schulpolitik schnell Fortschritte geschehen?

Die **Vorsitzende**: Danke sehr.

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Vielen Dank. Wir sind angesiedelt im BMFSFJ. Die Beauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik, ist angesiedelt im BMI. Wenn ich im BMI angesiedelt worden wäre, hätte ich ganz viele Bezugspunkte zu der Arbeit des BMFSFJ gehabt, das heißt, das ganze Thema „Demokratie leben!“ zum Beispiel, was im BMFSFJ ist, das ganze Thema Diskriminierungsschutz, was im BMFSFJ ist. Es gibt inhaltliche Bezugspunkte. So sind wir im BMFSFJ angesiedelt, arbeiten aber mit dem BMI zusammen, was auch Sinn macht.

Die Zusammenarbeit gestaltet sich sehr, wie ich meine, konstruktiv. Ich bin in einem engen und regelmäßigen Austausch mit der Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, aber auch natürlich mit dem Kollegen Dr. Felix Klein, der im BMI angesiedelt ist.

Man kann am Ende, glaube ich, sagen, dass das eine politische Entscheidung ist, in welchem Haus ein Amt angesiedelt worden ist. Wenn Sie den Beauftragten selbst fragen würden „wo willst du angesiedelt werden?“, dann hätte ich wahrscheinlich gesagt: „Im Nachbarzimmer des Bundeskanzlers“. Aber in der Regel läuft es nicht so, dass man Wünsche anmelden kann.

Für mich ist es ganz wichtig, dass wir mit den anderen Häusern zusammenarbeiten. Unsere Themen sind über die Häuser verteilt. Wenn es beispielsweise um das Thema geht „Zugang zum Arbeitsmarkt von Roma aus dem Westbalkan“, da ist das Arbeitsministerium gefragt, wenn es um Forschung geht, natürlich das Forschungsministerium. Das ist ja auch die innere Logik bei der



Schaffung eines Amtes eines Beauftragten, dass er ressortübergreifend tätig werden kann und muss.

Prävention: Sie sprechen da ein ganz wichtiges Thema an. Die meisten der Themen, über die wir reden, also Polizei und Justiz, Bildung, sind alles Länderthemen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir diese Bund-Länder-Kommission einrichten und wir eine bessere Abstimmung und auch einen besseren Informationswechsel bzw. Austausch haben.

Was würde ich mir wünschen? Ich würde mir wünschen, dass es in den Bundesländern flächendeckend Staatsverträge gibt. Staatsverträge zwischen der Community und den Landesregierungen, damit eine Zusammenarbeit verfestigt werden kann. Sinti und Roma sind eine von vier anerkannten nationalen Minderheiten in Deutschland. Dem muss auch unter diesem Aspekt Rechnung getragen werden.

Das andere ist, ich würde mir wünschen, dass ich in allen Bundesländern einen zentralen Ansprechpartner habe in der Funktion eines Beauftragten. Wir haben momentan in einigen Bundesländern einen Staatsvertrag, in anderen, den meisten, nicht. In einigen haben wir einen Beauftragten, in vielen anderen nicht. Wir haben in Baden-Württemberg das Modell, dass der Antisemitismusbeauftragte zugleich Antiziganismusbeauftragter ist. In Thüringen haben wir die Justizministerin, die zugleich Antiziganismusbeauftragte ist. Aber letzten Endes ist das natürlich eine Entscheidung der Länder selbst. Ich kann nur dafür werben, weil es Vorteile hat. Gerade für den, was Sie angesprochen haben, Bereich der Prävention ist es ganz wichtig, dass es in den Ländern eine zentrale Ansprechperson gibt, denn die Präventionsarbeit verteilt sich eben in den verschiedenen Ressortbereichen, und Polizei und Justiz sind ein ganz wichtiger Bereich, aber erschöpft sich nicht darin.

Ich kann Ihnen sagen, jetzt nach einem Jahr intensiver Beratung zur Schaffung der Bund-Länder-Kommission, unabhängig von der parteipolitischen Konstellation in den Landesregierungen, stoße ich, so nehme ich es wahr, auf ein hohes Maß an Offenheit für das Thema und ich baue

darauf. Der Teufel ist ein Eichhörnchen. Möglicherweise werde ich im Anschluss feststellen, dass ich an der Stelle zu optimistisch war, aber momentan bin ich so optimistisch. Und ich freue mich darauf, dass wir diese Kommission haben werden und dann an die Arbeit gehen können.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Dann folgt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Kollegin Gambir macht das.

Abg. **Schahina Gambir** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Herzlichen Dank, Herr Beauftragter, für Ihren Bericht und auch für Ihren Einsatz. Sie haben auch eingangs von vielen persönlichen Begegnungen berichtet. Ich kann mich dem anschließen und habe auch den Eindruck, dass viele Menschen, die auch eine gewisse Prominenz im Sport oder in anderen Bereichen haben, sich nicht trauen, zu sagen, dass sie von der Community sind, weil sie da einfach hohe Stigmatisierung in der Gesellschaft erwarten. Das lässt mich jedes Mal aufhorchen und macht auch deutlich, dass die Gruppe der Sinti und Roma besonders unter Stigmatisierung und Diskriminierung leiden bzw. davon betroffen sind.

Das zeigt ja auch der Lagebericht Rassismus in Deutschland, dass Sinti und Roma die am stärksten abgelehnte Minderheit in Deutschland sind. Gibt es denn da auch von Ihnen aktuelle Daten, aktuelle Fallzahlen von antiziganistischen Vorfällen in Deutschland und wie sie sich entwickelt haben?

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Ein ganz wichtiger Gradmesser, vielen Dank für Ihre Frage, ist tatsächlich die Arbeit der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus, MIA, die zunächst im Bundesinnenministerium angesiedelt war, jetzt aber im BMFSFJ angesiedelt ist. Die haben im letzten Jahr über 600 Fälle aufgezählt.

Wissen Sie, das Bedrückende ist nicht nur die Anzahl der Fälle und auch nicht das Wissen darum,



dass die Dunkelziffer sehr viel höher ist, sondern die Tatsache, dass viele dieser Fälle aus öffentlichen Einrichtungen berichtet werden, also Rassismus und Ausgrenzung, Ablehnung in den Behörden selbst.

Wir hatten vor einigen Wochen eine große Diskussion in Hannover. Es gab eine Studie im Rahmen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, wo eine westdeutsche Großstadt untersucht worden war und dort Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung offenherzig berichteten, welche Strategien entwickelt worden sind, um rechtmäßig eingewanderte EU-Bürger, die der Minderheit angehören, zu vertreiben: Ansiedlungen weit außerhalb der Stadt, sodass die Schulwege möglichst lang sind, die Kinder schwer zur Schule kommen und allein aus diesem Grunde den Eltern der Aufenthalt in Deutschland verweigert wird.

Ich glaube, dass wir als Staat nur ganz schwer glaubwürdig sagen können: „Wir wollen was gegen Antiziganismus auf der Straße machen“, „wir wollen was gegen Rassismus machen“ und zugleich Rassismus in den eigenen Reihen dulden. Das ist eine zentrale Herausforderung, die wir uns auferlegen müssen. Wir können nicht auf Dauer eine Verwaltung haben, die zu jedem fair sein will, aber in der Realität nur fair zu einem bestimmten Teil der Bevölkerung ist. Eine Verwaltung, die nicht zu jedem fair ist, wird auf Dauer zu keinem mehr fair sein. Das sind halt die Anknüpfungspunkte.

Mir ist Folgendes wichtig: Wir haben jetzt letztes Jahr den ersten Bericht der MIA gehabt. Es ist wichtig, dass wir über einen längeren Zeitraum hinweg diese Dinge beobachten können, dass auch MIA sich dauerhaft etablieren kann.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt sagen: Sinti und Roma als Opfer von Straftaten werden fast nie gesehen. Wir hatten einen schweren Brandanschlag vor einigen Wochen in Solingen, die tote Familie, zwei kleine Kinder, die Eltern waren bulgarische Roma. Unter den Toten des rassistischen Mordanschlags in Hanau sind Roma, unter den Toten beim Olympia-Einkaufszentrum

sind Roma. Wir neigen dazu, Roma als Opfer von Mord und Totschlag nicht zu sehen. Das ist ein Teil der Problematik.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Es folgt die Fraktion der AfD. Herr Reichardt, bitte.

Abg. **Martin Reichardt** (AfD): Meine Frage zunächst: Sie hatten vorhin selbst die Fluchtbewegungen aus der Ukraine erwähnt. In Folge dieser Fluchtbewegungen kam es eben auch, wie Sie sagten, dazu, dass sehr viele Roma nach Deutschland gekommen sind. An manchen Orten zeigten sich hier in diesem Zusammenhang massive Probleme in Sachen der Integrationsbereitschaft.

Zum Beispiel in der Stadt Bielefeld beklagte der dortige SPD-Sozialdezernent offen in einer Informationsvorlage der Stadtverwaltung die mangelnde Integrationsbereitschaft vieler Roma-Familien. Deren Ankommen gestaltete sich schwierig und stellte alle Beteiligten vor große Herausforderungen, hieß es. Es sei nötig, ihnen die hiesigen gesellschaftlichen Normen näher zu bringen. Mündlich äußerte der Dezernent, man müsse viele noch wohnfähig machen. Es gäbe außerdem Suchtprobleme und auch die Erziehung gestaltete sich nicht immer so, wie man das in Deutschland erwarte.

Hierzu meine Frage: Wie bewerten Sie solche Zustände, aber auch, wie bewerten Sie solche Aussagen, die hier von der sicherlich allgemein eher als Antiziganismus unverdächtigen Sozialdemokratie kommen?

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Ich glaube nicht, dass ein einzelner Dezernent für die Sozialdemokratie in Deutschland spricht oder überhaupt für irgendetwas.

Auf meinen vielen Reisen durch Deutschland ist mir schon aufgefallen, dass viele Menschen sich nicht anpassen wollen an unsere Werte und Normen. Suchtprobleme sind mir massiv aufgefallen.



Die meisten Menschen, an die ich da denke, sind kreuzbrave, biodeutsche Menschen.

Ich würde mich freuen, gerade bei den Suchtkranken, wenn die Politik das ernst nehmen würde und nicht punktuell sich Fälle raussuchen würde, die ihr gerade in den Kram passen.

Ich glaube, dass die Menschen, die zu uns kommen, gerade die aus der Ukraine, dass das Menschen sind, die auf dem gesamten Weg ihrer Flucht mit einer extremen Ausgrenzung, mit einem extremen Rassismus konfrontiert waren und dass wir in der Tat zu diesen Menschen – auch auf Grundlage unserer historischen Verantwortung – besonders hilfsbereit sein sollten.

Ich war in der Ukraine vor zwei Jahren. Ich habe mich mit den Communities dort getroffen. Jeder Rom und jede Romni, die ich getroffen habe, sind Nachfahren von Menschen, die unsere Vorfahren ermorden wollten oder auch ermordet haben, die wir mit den Einsatztruppen erschossen haben, totgeschlagen haben, in die Gräben geworfen haben, in die Gaskammern getrieben und vergast haben. All diese Menschen sind Nachfahren von diesen Menschen. Und wir tragen Verantwortung. Da ist es mir ehrlich gesagt herzlich egal, was ein Dezerent aus irgendeiner Stadt sagt. Ich sehe, dass wir als Land für unsere Gegenwart und unsere Vergangenheit eine Verantwortung haben.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Nachfrage?

Abg. **Martin Reichardt** (AfD): Ja. Nun haben Sie meine Frage nicht wirklich beantwortet, aber das macht auch nichts. Ich würde vielleicht noch eine zweite Frage stellen.

Es ist hier offensichtlich von einem sozialdemokratischen Dezernenten Kritik geäußert worden. Und in dieser Form würde ich Sie fragen: Welche Definition haben Sie denn überhaupt von Antiziganismus? Wo hört legitime Kritik an Zuständen auf und wo beginnt Antiziganismus?

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Antiziganismus erkenne ich in der Regel sehr schnell, wenn Statements abgegeben werden von Leuten, die zum Beispiel aus dem rechtsextremen Milieu kommen, in allen möglichen Kontexten.

Antiziganismus fängt für mich dort an, wo man Menschen einfach in Schubladen steckt, wo man verallgemeinert, wo man klassifiziert, wo man negative Zuschreibungen macht. Und all das mit einer gepflegten Blindheit der eigenen Defizite, der eigenen Abgründe, der eigenen fehlenden Rechts-treue zum Beispiel. All das sind große Hinweise für mich, dass das antiziganistisch ist.

Ganz ehrlich, diese Art von stereotypischen Zuschreibungen, wir nehmen irgendwo ein Statement von irgendjemandem und verallgemeinern das, das ist genau der Soundtrack der Verächtlichmachung, der in die Lager und in die Gaskammern geführt hat. Ich glaube, dass gerade Ihre Fragen deutlich machen, dass unsere Arbeit wahnsinnig notwendig ist. Wir machen da weiter.

Abg. **Martin Reichardt** (AfD): Danke. Auch diese Frage konnten Sie nicht beantworten.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Es geht weiter mit der Fraktion der FDP. Herr Seestern-Pauly, bitte sehr.

Abg. **Matthias Seestern-Pauly** (FDP): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, sehr geehrter Herr Dr. Daimagüler, erstmal herzlichen Dank für Ihre Einführung und weiterhin viel Erfolg bei Ihrer Aufbauarbeit, kann man ja noch sagen, wenn es 2022 losging. Weil Sie gerade selbst den Begriff Optimismus verwendet hatten, ich hoffe, dass Sie sich den beibehalten. Das ist nämlich immer sehr hilfreich, auch wenn es manchmal schwer ist, optimistisch nach vorne zu schauen.

Sie haben eine ganze Vielzahl von Punkten angesprochen, zu denen ich jetzt Fragen stellen



könnte. Ich möchte aber, weil ich nicht so viel Zeit dafür habe, jetzt ein bisschen gewichten. Und zwar hat mich das jetzt gerade auch ergriffen, was Sie bezüglich der Darstellung dieser einen Behörde gesagt haben, ohne jetzt darauf konkreter einzugehen. Wird das nur festgestellt oder gibt es auch Hinweise, wie das aufgearbeitet wird? Also beispielsweise durch Reflexion, dass beispielsweise diese Fälle, die Sie beschrieben haben, mit einer bestimmten Ansiedlung, um es ihnen schwieriger zu machen, kritisch reflektiert werden?

Das Zweite, was Sie auch angesprochen hatten, Sie waren gerade bei Schulbüchern. Ich war vor meiner Tätigkeit hier im Deutschen Bundestag selbst Geschichtslehrer. Von daher weiß ich um die Bedeutung und auch die besondere Kontinuität von Schulbüchern. Gibt es dazu einen konkreteren Austausch, um darüber zu Veränderungen zu kommen? Und vor allem, welche Bedeutung spielt für Sie die Präventionsarbeit auch in Schulen, also durch Bildungslehrpläne und dergleichen mehr?

Ich würde es jetzt erstmal dabei belassen, damit Sie die Chance haben, das zu beantworten. Vielleicht habe ich dann noch etwas Zeit.

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Vielen Dank. Bei dem Ersteren, es ging in dem konkreten Fall um die Stadt Hannover. Es war eigentlich allen Beteiligten klar, dass es sich um Hannover handelt. Dann kam es in die Zeitung und irgendjemand sagte: „Hoppla, das ist Hannover“ und dann war die Aufregung groß.

Wir haben ein Gespräch geführt mit dem Oberbürgermeister der Stadt Hannover unter Beteiligung aller regionalen Bundestagsabgeordneten, die eingeladen wurden. Ich empfand dieses Gespräch als unheimlich fruchtbar. Ich glaube, dass der erste Schritt ist, anzuerkennen, dass man ein Problem hat. Ich glaube, dass in diesem konkreten Fall dies geschehen ist.

Generell gesprochen, die Veränderungsprozesse werden nicht von alleine geschehen. Man muss sie politisch wollen und politisch anstoßen. Das kann und muss man in Zusammenarbeit mit den Selbstorganisationen machen. Die Menschen sind dort, ihre Vereine und Verbände sind dort. Die Menschen wissen, wo der Schuh drückt und was man verändern muss.

Aus- und Weiterbildung bzw. Fortbildung von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist ein wichtiger Baustein, aber auch der Aufbau von lokalen Partizipationsstrukturen. Das bedeutet zum Beispiel, dass in großen Kommunen, wo es eine große Gruppe von Sinti und Roma gibt, entsprechend lokale Beauftragte da sind. Das hat sich in anderen Kontexten unheimlich bewährt. Mein Eindruck ist, dass es durchaus große Bereitschaft dazu gibt.

Wir haben zum Beispiel im Zusammenhang mit geflüchteten Roma erfolgreiche Modelle der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Selbstorganisationen. Wir haben in Thüringen zum Beispiel eine Selbstorganisation, die sich RomnoKher nennt. Die haben eine mobile Beratung. Da kommen eben kommunale Entscheider, Bürgermeister, Dezernenten zusammen und sagen, wir haben hier beispielsweise ein sprachliches Problem. Wir wissen nicht, wie man mit dieser Situation umgehen kann.

Ich glaube, das ist vollkommen legitim, dass man bei einer Situation nicht weiß, wie man weitermachen soll. Dann zu sehen, es gibt schon eine Ressource im Land, mit der wir zusammenarbeiten können, ich glaube, das ist der richtige Weg. Wir haben solche Modelle in verschiedenen Orten in Deutschland, in Thüringen wie in Baden-Württemberg zum Beispiel.

Diese Dinge, diesen Austausch wollen wir auch fördern. Wir hatten einen unheimlich spannenden Austausch gehabt, der vom Bundes Roma Verband e. V. mit über 100 kommunalen Entscheidern organisiert worden ist. Wie gehen wir mit geflüchteten Roma um? Welche spezifischen Herausforderungen gibt es? Beispielsweise kinderreiche Familien. Ich denke, der Weg ist, dass man eben nicht



die Gelegenheit nutzt, um einfach mit Schaum vorm Mund die Menschen zu bashen, sondern als anständige Verwaltung sagt: „Wir haben Herausforderungen. Lasst uns das gemeinsam lösen.“ So macht man das halt.

Was die Schulbücher etc. angeht: Wir haben ein föderales System. Wir haben 16 Bundesländer, die mit dem Thema befasst sind. Ich bin sehr froh, dass es mit der Kultusministerkonferenz und dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ein Kooperationsabkommen gibt, wo gemeinsam überlegt wird, wie müssen wir diese Dinge jetzt gestalten. Ich bin froh, dass es beispielsweise an der pädagogischen Hochschule in Heidelberg eine Lehrerbildung gibt mit dem Schwerpunkt Antiziganismus. Ich bin sehr froh, dass es auch Akteure und Stiftungen gibt, wie die Hildegard Lagrenne Stiftung für Bildung, Inklusion und Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland.

Wir haben, und ich kann das nur wiederholen, unheimlich viel Wissen in der Community und wir rufen das bislang nur zögerlich ab. Wir wollen als Dienststelle helfen, dass wir dort Schwung reinbekommen. Ich habe das Gefühl, wir haben weniger ein Erkenntnisproblem als ein Umsetzungsproblem. Und daran müssen wir arbeiten.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Es folgt die Gruppe Die Linke mit Frau Akbulut, bitte.

Abg. **Gökay Akbulut** (Die Linke): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Vielen Dank auch Herr Dr. Daimagüler für Ihren Bericht und für Ihre tolle Arbeit, die ich auch aus den Medien mitverfolge.

Die Deutsche Bahn plant eine Baumaßnahme auf dem Gelände des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma. Dazu gibt es scharfe Kritik auch von Vertretern der Sinti und Roma. Ich hatte diesbezüglich zuletzt ein längeres Gespräch.

Welche Position vertritt die Bundesregierung und was kann sie dagegen machen, dass die

betroffenen Verbände offenbar nur unzureichend beteiligt wurden und vom letzten Stand der Bauplanung nur aus der Presse erfahren haben? Wie kann man die Kommunikation bzw. die Zusammenarbeit zwischen den Verbänden und der Bundesregierung verbessern?

Die **Vorsitzende**: Okay, danke.

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Vielen Dank, Frau Akbulut. Das Mahnmal hat für die Community eine enorme Bedeutung. Wie Sie wissen, wurde der Völkermord überhaupt erst 1982 von Deutschland anerkannt, 37 Jahre hat es gedauert, bevor Deutschland gesagt hat, es gab da einen Völkermord.

Auch die Anerkennung erfolgte eigentlich nur halbherzig. Wenn man sich Fragen der Wiedergutmachung, das ist ein schreckliches Wort, das ist ein Wort, das ich wirklich nicht schätze, anschaut, gab es ja eine krasse und enorme Ungleichbehandlung. Das Mahnmal hat eine Bedeutung auch als Hinweis auf die andauernde Situation der Menschen.

Wir haben jetzt diese Baumaßnahmen. Bauherr ist in diesem Fall das Land Berlin, der Senat für Verkehr. Ich habe mit der Verkehrssenatorin gesprochen. Ich habe ihr deutlich gemacht, dass wir hier einen umfassenden Mediationsprozess brauchen, wo die Community in ihrer Breite einbezogen und gehört wird, dass es hier nicht darum geht, dass bei einem x-beliebigen Bauwerk etwas abgehängt wird oder da gebaut wird, sondern dass dieser Platz eine enorme Bedeutung hat.

Wir würden ja auch in anderen Kontexten nicht hingehen und sagen: „Jetzt haben wir ein Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und jetzt bauen wir mal drei Stelen ab und dann gucken wir mal“, sondern wir würden natürlich mit einer größeren Sensibilität rangehen. Diese Sensibilität brauchen wir halt und die sehe ich bislang nicht überall gegeben.



Ich kann das sehr gut nachvollziehen, dass aus der Community gesagt wird, wir brauchen da eine stärkere Beteiligung. Ich würde mir wünschen, dass der Bauherr, das Land Berlin, auch in seiner Kommunikation transparenter mit dem ganzen Thema umgeht und dem Thema auch gerecht wird. Das ist meine Einschätzung der Situation.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Wir kommen zur zweiten Fragerunde. Es beginnt wieder die Fraktion der SPD mit der Kollegin Nadine Ruf.

Abg. **Nadine Ruf** (SPD): Auch von mir herzlichen Dank, dass Sie da sind, dass Sie berichtet haben und für Ihre Arbeit. Ich muss mich ein bisschen sputen.

Mir geht es um den Themenkomplex „antiziganistische Hasskriminalität“, vor allem in den sozialen Medien. Ich habe in einem Interview gelesen, dass Sie, vor allem, was Hasskriminalität angeht, von einer hohen Dunkelziffer ausgehen.

Mich würde interessieren, inwieweit diese Fälle in der zentralen Melde- und Informationsstelle erfasst werden, was da Ihre Erkenntnisse sind, dann aber auch, wie man die Strafverfolgung verbessern kann. Wie kann man das Vertrauen der Sinti und Roma in die behördlichen Strukturen verbessern, so dass sie die Straftaten tatsächlich auch anzeigen?

Dann eine zweite Frage, wenn Sie noch Zeit haben. Was muss passieren, damit die Bereicherung unserer Gesellschaft durch die Kultur der Sinti und Roma tatsächlich stärker bekannt und anerkannt wird? Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke Ihnen auch.

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Vielleicht fange ich mit dem letzten Punkt an. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Mein Amtstitel ist „Beauftragter gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma“. Der zweite Teil ist

mir mindestens genauso wichtig wie der erste.

Wir haben gegenwärtig im Haus einen Antrag einer großen Selbstorganisation vorliegen, die einmal im Jahr Sinti und Roma-Wochen organisieren will, wo deutschlandweit Lesungen stattfinden, Ausstellungen eröffnet werden, Konzerte stattfinden. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Ansatz, den wir im Haus sehr wohlwollend und unterstützend prüfen.

Ich sehe diese Wochen auch als Gelegenheit der Vernetzung, weil viele kommunale Träger sich bei uns melden, mit Ideen, mit Gedanken, was man machen kann. Ich glaube, wir brauchen da einfach ein bisschen mehr Koordinierung. Der gute Wille ist vielerorts da, aber es darf sich natürlich nicht darin erschöpfen.

Wir haben vorhin das Thema Schulbücher besprochen. Ich glaube, dass es eben nicht reicht, in Geschichtsbüchern einfach aufzuzählen: „In den Konzentrationslagern kamen neben Juden und Sinti und Roma auch Homosexuelle und politisch Andersdenke um.“ Das wird dem Thema nicht gerecht. Sinti und Roma finden in jedem Lebensbereich statt. Sie sollten auch in der Ausbildung in jedem Lebensbereich gewürdigt werden.

Nochmal für all diejenigen, die mit leuchtenden Augen Beethoven, Mozart, Liszt hören, all diesen Menschen möchte ich zurufen: „Ich bin auch ein Fan von all jenen. Ich bin aber auch ein Fan davon, zu wissen, dass Liszt ohne die Musik der ungarischen Roma heute überhaupt nicht denkbar wäre.“ Diesen Kontext, den brauchen wir.

Das andere ist die Meldestelle. Wir haben es mit Menschen zu tun, häufig, die immer wieder Opfer oder Ziel von antiziganistischem Hass werden. Viele Menschen sind einfach erschöpft. Sie haben jetzt die Möglichkeit, sich zu melden. Zugleich wissen sie aber auch, dass die Meldung allein ihr Problem nicht löst. Das heißt, wir müssen ganz viel Überzeugungsarbeit investieren und die Menschen ermutigen, das zu machen. Mein Eindruck ist, immer mehr Menschen wollen das machen, immer mehr Menschen machen das, aber wir sind



da wirklich nur auf dem halben Weg.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Es folgt die Fraktion CDU/CSU. Frau Wiesmann, bitte.

Abg. **Bettina Margarethe Wiesmann** (CDU/CSU): Ich würde gerne bei der Melde- und Informationsstelle nochmal anknüpfen. Sie hatten bisher diese über 600 Fälle genannt. Erstens, wie werden diese ..., ich unterstelle mal, aber vielleicht können Sie es nochmal bestätigen, dass diese auch überprüft werden. Vielleicht gibt es ja auch Dinge, die man gar nicht so klar als Diskriminierung werten kann, wie sie vielleicht empfunden werde. Oder gibt es das nicht? Die zweite Frage dazu: Gibt es eine Kategorisierung nach Schwere oder nach Art? Wenn eine Stadtverwaltung mit Minderheiten so umgeht, ist das sicher nochmal was anderes, als wenn eine Einzelperson sich diskriminierend verhält. Das würde mich interessieren. Wie sind da die Größenverhältnisse? Was kommt am meisten vor?

Dann habe ich noch eine Frage aus einem ganz anderen Bereich. In dem Bundestagsbeschluss geht es auch um die Förderung der internationalen Kinder- und Jugendarbeit. Da interessierte mich einfach, was das für ein Arbeitsschwerpunkt Ihrer Tätigkeit ist. Oder tun das andere und es ist nicht Ihre Aufgabe?

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Unsere Aufgabe ist eine koordinierende Aufgabe. Wir haben in der Tat das Ziel, die verschiedenen Aktivitäten der Ressorts miteinander zusammenzubringen und auch zu schauen, wo es Synergien gibt und so weiter. Das heißt aber nicht, dass wir nicht inhaltlich dabei sind.

Ein Beispiel für die internationale Jugendarbeit sind tatsächlich die Gedenktage rund um den 2. August in Auschwitz, die stets begleitet sind von einem großen Jugendkongress, wo junge Leute aus der Community, aus ganz Europa, kommen und auch mit Menschen, die nicht zur Community gehören, zusammenkommen und diskutieren.

Das hat auch etwas wahnsinnig Selbstermächtigendes, gerade an diesem Ort zu sagen: „Wir sind hier und wir melden uns zu Wort“. Aber ich glaube, dass wir mehr davon brauchen. Deswegen ist auch die Frage mit dem Bundesfreiwilligendienst ein Aspekt in diesem Kontext. Das wollen wir verstärken.

Aber, Frau Wiesmann, ich muss eine Sache ganz deutlich machen: All diese Sachen benötigen Ressourcen. Dieser Bundestagsbeschluss wird in seiner Umsetzung einen anderen Ressourcenbedarf auslösen. Ich glaube, dass das eine Notwendigkeit ist, der wir uns stellen müssen, aber ich glaube auch, dass wir das Bewusstsein dafür brauchen, dass die Kosten der Ausgrenzung, die wir in vieler Hinsicht in den letzten Jahrzehnten betrieben haben und immer noch betreiben, höher sind als die Kosten der Einbeziehung. Diese schnöde Kosten-Nutzen-Rechnung ist gar nicht so schnöde. Wir sollten das anstellen.

Jetzt hatten Sie noch eine zweite Frage zur Kategorisierung. Die Gespräche, die die MIA-Mitarbeiterinnen und MIA-Mitarbeiter führen, die haben einen Kriterienkatalog. Die fragen nach. Ich glaube auch, dass es dort in diesem Kontext eine Prüfung gibt, die sicherstellt, dass Fälle aufgezählt werden, die in die Kategorie Antiziganismus, auch nach der Arbeitsdefinition der IHRA, der International Holocaust Remembrance Alliance, fallen. MIA hat letztes Jahr angefangen, auch nach Gewalttaten zu kategorisieren, nach verbalen Entgleisungen und so weiter und so fort, aber ich glaube, um wirklich empirisch belastbare Zahlen zu haben, brauchen wir auch einen Zeitverlauf.

Mir war ein Punkt ganz wichtig, weil das am Anfang auch ein Punkt war, der nicht vollkommen klar war. Als MIA gegründet worden war, gab es Stimmen, die sagten, MIA solle nur jene Fälle erfassen, die nicht strafrechtlich relevant sind, weil für die strafrechtlich relevanten gibt es ja Polizei und Staatsanwaltschaften. Das ist eine Argumentation, die jedenfalls auf den ersten Blick nachvollziehbar ist. Ich kann Ihnen sagen, in meiner früheren anwaltlichen Tätigkeit habe ich gesehen, dass ganz viele Menschen sich nicht trauen, zur Polizei zu gehen. Oder zur Polizei gehen und ihre



Anzeigen nicht aufgenommen werden. Es kann eine ganz wichtige Analyseerkenntnis sein, wenn wir sehen, dass bei MIA so und so viele strafrechtlich relevante Fälle gemeldet werden, aber in der polizeilichen Eingangsstatistik nur so viele Zahlen genannt werden. Dieses Delta könnte die politische Aufgabe sein.

Ich bin sehr happy, dass dieses Kriterium eben nicht mehr zählt, dass nur noch die einen Fälle gezählt werden, die anderen Fälle aber nicht. Zumal es auch für die Betroffenen selbst, aber auch für denjenigen, der ans Telefon geht, schwierig ist, gleich zu erkennen, ist das strafrechtlich relevant oder nicht. Auch für den Fachanwalt für Strafrecht ist manchmal nicht auf Anhieb zu erkennen, was einen Tatbestand der Beleidigung darstellt und was nicht.

Wir brauchen, was MIA angeht, long story short, etwas mehr Zeit, damit wir eine Zahlenbasis haben, mit der wir wirklich arbeiten können.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Wir kommen zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Kollegin Gambir. Bitte sehr.

Abg. **Schahina Gambir** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen aus der ersten Fragerunde. Ich würde nur eine Nachfrage stellen, weil wir ja drei Minuten für Frage und Antwort haben. Deswegen mache ich es ganz kurz.

Sie hatten mehrmals erwähnt, dass Sie die ständige Bund-Länder-Kommission ausarbeiten möchten, dass Sie das planen. Wie sollen denn da die Communities der Sinti und Roma mit eingebunden werden? Gibt es da konkrete Planungen?

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Vielen Dank. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Was wir vermeiden wollen, ist, dass Gremien der Mehrheitsgesellschaft geschaffen werden, die dann mit all ihrer Weisheit zusammenkommen

und Entscheidungen treffen. Das birgt inhärent die Gefahr, dass sich ein paternalistisches System entwickelt, wo dann die Politik besser als die Betroffenen selbst weiß, was gut für sie ist.

Wir haben in der Abstimmung mit den Ländern, mit den Ressorts, natürlich auch über den Aspekt gesprochen, wie wir Selbstorganisationen einbeziehen können. Wir haben da nach den jetzigen Planungen die Möglichkeit, die Entscheidungen müssen natürlich am Ende gemeinsam gefasst werden, dass Selbstorganisationen einbezogen werden.

Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen wollen. Wenn wir wirklich ein Gremium haben wollen, das mitarbeitet, mit begleitet, mit berät, brauchen wir dort auch zum Beispiel Arbeitskreise, die sich tatsächlich auch mit Gesetzgebungsvorhaben befassen können und das Wissen, was sie haben, in Form eines guten Rates einbringen können. Das wird Gegenstand von Gesprächen mit den Schlüsselressorts des Bundes und mit den Ländern sein.

Die **Vorsitzende**: Weitere Fragen? Nein? Danke sehr für die Zeit. Es folgt die Fraktion der AfD. Wer macht das? Herr Bollmann, bitte.

Abg. **Gereon Bollmann** (AfD): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Zunächst einmal herzlichen Dank auch an Frau Deligöz, dass Sie immer wieder die Zeit finden, hier in unserem Ausschuss mitzuwirken. Finde ich sehr bemerkenswert. Auch an Sie, Herr Daimagüler, den Dank für Ihr Eingangsstatement. Vielen Dank.

Das gilt nicht so sehr für die Beantwortung der beiden Fragen von Herrn Reichardt. Da haben Sie auf seine Nachfrage, auf die zweite Nachfrage, genau mit derselben pauschalisierten Sichtweise der linken Thematik geantwortet, die Sie dem Kollegen vorgeworfen haben, ohne aufs Einzelne einzugehen. Er hat nämlich kein Statement abgegeben, er hat nur die Auffassung eines Dezernenten, eines Sozialdezernenten, zitiert und dann eine Frage gestellt. Aber sei es drum, das war jetzt nur die Reaktion.



Ich habe eine Frage an Sie, an Ihr Selbstverständnis der Aufgabenwahrnehmung. Wir sind uns vielleicht einig, wir beide, dass bei gelingender Integration sich die Problematik ein wenig von allein relativiert. Bei integrierten Gruppen geht es automatisch zurück, weil auf der Aufnahmegesellschaftsseite diese Vorbehalte natürlich auch zurückgehen.

Deshalb, man kann das Amt in zweierlei Funktionen sehen. Wie sehen Sie es etwa? Das wäre jetzt meine Frage. Sie haben das angesprochen bei dem Denkmal, da wäre eine Mediation notwendig. Sehen Sie sich etwa als Kommunikator im Hinblick auf die gelingende Integration zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Sinti und Roma oder sehen Sie sich in erster Linie eher als, ich sage mal, Interessenvertreter will ich nicht sagen, aber Repräsentant der Gruppe, als, ich sage mal, Kontaktpunkt gegenüber der Politik der Bundesregierung? Das würde mich sehr interessieren. Vielen Dank.

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Herr Abgeordneter, vielen Dank für Ihre Frage. Das ist ein wichtiger Punkt, den Sie ansprechen. Ich bin Beauftragter der Bundesregierung mit einem klar definierten Aufgabenbereich. Ich soll koordinieren und ich soll ein Scharnier darstellen zwischen Community und Politik, um das ganz grob zu beschreiben.

Was ich nicht bin: Ich bin nicht der Sprecher der Sinti und Roma, ich bin nicht der Repräsentant der Sinti und Roma, weil die Sinti und Roma ihre Sprecherinnen und Sprecher haben. Sie haben ihre gewählten Vorsitzenden, sie haben ihre gewählten Sprecherinnen und Sprecher. Ich diene als Ansprechpartner. Ich helfe dabei, Kontakte zu knüpfen. Ich helfe dabei, Hinweise zu geben, wenn ich gefragt werde. Aber die Repräsentantinnen und Repräsentanten der Community stammen aus der Community selbst und das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Ich teile diese Beschreibung beispielsweise auch mit dem geschätzten Kollegen Dr. Felix Klein, der auch nicht Sprecher der jüdischen Gemeinde in Deutschland ist.

Ich empfinde das als unheimlich anmaßend, wenn ein politischer Vertreter hingehen und sagen würde, ich spreche für diese Menschen. Das tue ich nicht. Ich bin Ansprechpartner und mir ist unheimlich wichtig, dass ich mich mit den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Community auf Augenhöhe austausche, das Fachwissen, was wir da haben, respektiere und wir gemeinsam nach Lösungen suchen. Das kriegen wir bislang auch hin.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Dann kommen wir zur Fraktion der FDP. Frau Adler, bitte.

Abg. **Katja Adler** (FDP): Vielen Dank. Vielen Dank auch von meiner Seite nochmal für Ihre Ausführungen und auch die ausführlichen Antworten. Ich würde gerne noch anknüpfen.

Wir hatten schon über die wichtige Rolle der Bildungseinrichtungen gesprochen. Da hatten Sie in einem Interview im MiGAZIN [Magazin für Migration und Rassismus in Deutschland] am 28. November 2022 unter anderem gesagt: „Für die Roma in Deutschland brauchen wir besondere Programme für den Schulzugang.“ Wie sieht dort die aktuelle Situation aus? Gibt es Fortschritte? Was müsste genau getan werden? Welche besonderen Notwendigkeiten sehen Sie da?

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Frau Adler, ganz herzlichen Dank für diese wirklich wichtige Frage. Wenn Sie mich fragen: „Welche Herausforderungen haben wir denn?“ Wir haben in manchen Fällen eine sprachliche Herausforderung, die noch nicht einmal unbedingt die Kinder betrifft, sondern häufig die Eltern, wenn es zugewanderte Menschen sind, die beispielsweise lange Zeit geduldet wurden und nicht den Zugang zu Integrationskursen etc. hatten. Ich sehe die Problematik, dass viele dieser Kinder im Alter von fünf, sechs, sieben Jahren aussortiert werden. Ich komme an Schulen, wo es Förderklassen gibt, die vollgepackt sind mit migrantischen Kindern. Unter diesen migrantischen Kindern sind ganz viele Roma-Kinder. In diesen Förderklassen passiert viel, aber selten wird, nach meinem Eindruck,



gefördert. Ich möchte jetzt nicht ungerecht sein, aber das ist der Eindruck von den Schulen, an denen ich war.

Aber, und das ist ein großes Aber, das ist ein wirklich wichtiger Punkt: Zum einen haben wir viel Erkenntnisaufbau. Ich habe vorhin beispielsweise die Hildegard Lagrenne Stiftung genannt. Auch der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat viel gemacht, wo gezeigt wird, was man machen kann. Und es gibt auch Sachen, wo etwas gemacht wird.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Wir haben in der Freien und Hansestadt Hamburg sogenannte Schullotsen. Das sind Pädagoginnen und Pädagogen, häufig aus der Community, die Ansprechpartner sind beispielsweise für die Eltern, die Fragen zur Schule, zum Werdegang, zum Schulsystem, zu den Noten haben, die aber auch als Ansprechpartner dienen für die Lehrerinnen und Lehrer.

Ich habe da einen Schullotsen kennengelernt, Dzoni Sichelschmidt, der auch aus Hamburg kommt, aus Norddeutschland. Ich empfehle ganz dringend ein Gespräch mit ihm, ein ganz toller Mensch, wo ich sehe, wie die Kinder mit ihm umgehen, wie die Lehrer auf ihn zugehen. Das ist eigentlich eine ziemlich einfache Lösung.

Ich glaube, dass wir an vielen Ecken und Enden in Deutschland, in den Bundesländern, solche Lösungen haben. Ich glaube, dass wir häufig zu wenig voneinander wissen und dass wir da auch besser sein müssen in diesem Benchmarking und Best Practice und was es für Begrifflichkeiten da so gibt. Ich glaube, dass diese Bund-Länder-Kommission eine ganz wichtige Funktion übernehmen kann, weil genau da diese Art von Wissenstransfer stattfinden soll.

Die **Vorsitzende**: Danke. Dann kommen wir zur Gruppe Die Linke. Frau Kollegin Akbulut, bitte.

Abg. **Gökay Akbulut** (Die Linke): Vielen Dank. Ich habe noch eine Frage in Bezug auf die Ankündigung von Finanzminister Lindner, dass beim Etat

des Familienministeriums Einsparungen in Höhe von 900 Millionen Euro vorgesehen sind. Wird das auch Auswirkungen auf die Ressourcen des Antiziganismusbeauftragten haben? Oder wie würden Sie diese Vorschläge, die da jetzt kommen, einordnen? Wir als Linke lehnen natürlich entsprechende Kürzungen ab.

Die **Vorsitzende**: Okay. Danke.

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Wir haben unseren eigenen Titel und den verteidigen wir mit Zähnen und Klauen. Wenn Sie mich fragen würden: „Reicht das, was Sie haben?“ Natürlich nicht, aber wir kommen zurecht. Ich hoffe, dass die politische Notwendigkeit gesehen wird für das, was wir tun.

Die **Vorsitzende**: Das ist eigentlich auch eine Frage an Frau Staatssekretärin, die antworten möchte. Bitte sehr.

PStS'in **Ekin Deligöz** (BMFSFJ): Gerne. Ja, Frau Kollegin, Sie haben recht. Derzeit finden Regierungsgespräche zu den Aufstellungsverfahren statt. Dort gibt es die Grundlage, dass wir uns am Finanzplan orientieren. Daraus wäre die Konsequenz in unserem Fall das, was Sie vorgelesen haben.

Sie wissen, dass in unserem Etat 90 Prozent der Mittel durch gesetzliche Leistungen gebunden sind. An diese können wir nicht rangehen, weil sie gesetzlich garantiert sind. Also betrifft das alles natürlich die Programmtitel.

Der Titel von Herrn Dr. Daimagüler ist tatsächlich sein eigener. Gleichzeitig fallen alle anderen Projekte darunter, mit denen er zusammenarbeitet. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit Auschwitz von der deutsch-polnischen Jugendzusammenarbeit, die aus unserem Etat mitfinanziert wird.



Die **Vorsitzende**: Gut. Danke sehr. Somit sind wir am Ende unseres Gesprächs angelangt.

Ich darf mich bei Ihnen allen ganz herzlich bedanken. Bei Ihnen, Herr Dr. Daimagüler, für die Beantwortung der Fragen... Ja, natürlich, gerne bekommen Sie noch einen Satzsatz. Bitte sehr.

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Ich habe an verschiedenen Stellen über die Bürgerrechtsbewegungen der Sinti und Roma gesprochen, die Selbstorganisationen. Mir ist ein Punkt ganz wichtig. Menschen, langjährig in der Bürgerrechtsbewegung tätige Menschen, Ilona Lagrene zum Beispiel, jemand wie Romani Rose, diese Menschen haben nicht „nur“ für die Bürgerrechte der Minderheit gekämpft, sondern diese Menschen haben dieses Land, unser Land, insgesamt besser, offener und gerechter gemacht. Allein deswegen sollten wir dies als Teil unserer Demokratieentwicklung sehen und würdigen. Das ist mir ganz wichtig.

Die **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank Herr Dr. Daimagüler. Ganz herzlichen Dank für die Beantwortung der Fragen, für die vielen Diskussionspunkte, die wir gemeinsam angegangen sind. Wir sind an Ihrer Seite, darf ich Ihnen sagen, und wünschen Ihnen für Ihre Arbeit alles erdenklich Gute und viel Erfolg weiterhin, dass wir Schritt für Schritt auch weiter vorankommen, weil wir das auch nötig haben. Vielen herzlichen Dank.

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland): Danke schön.

Tagesordnungspunkt 2

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Auch im Ruhestand motiviert und mit Potential – Arbeitsmarkt für unsere pensionierten Soldaten öffnen

BT-Drucksache 20/9140

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW die Ablehnung des Antrags.

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der Abgeordneten René Springer, Jürgen Pohl, Gerrit Huy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Sozialstaatsmagnet sofort abstellen – Ende des Rechtskreiswechsels für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Einführung eines strengen Sachleistungsprinzips für Asylbewerber

BT-Drucksache 20/4051

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW die Ablehnung des Antrags.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Die **Vorsitzende**: Ich rufe auf TOP 4 – Verschiedenes. Gibt es hierzu Wortmeldungen?

Herr Dr. Tebroke, bitte sehr.



Abg. **Dr. Hermann-Josef Tebroke** (CDU/CSU): Ja, Frau Vorsitzende, vielen Dank. Eine kurze Rückfrage. Die Delegationsreise nach Wien hat stattgefunden, an die ich mich gerne erinnere. Frage: Wird es einen eigenen Tagesordnungspunkt geben, zu dem wir aus den Ergebnissen berichten oder soll das hier unter Verschiedenes passieren? Dann würde ich mein Wort anmelden.

Die **Vorsitzende**: Ich denke, wir sollten das, wir kriegen ja auch einen ganz ausführlichen Bericht vom Sekretariat, aber wir sollten das vielleicht das nächste Mal unter Verschiedenes mitdenken und dann tatsächlich berichten.

Es würde auch noch ein Bericht ausstehen von den Reisen nach New York. Die würden wir erstmal vorziehen, aber wir können je nach Zeit,

würde ich vorschlagen, das nächste Mal unter Verschiedenes die New York-Reisen und auch Österreich aufrufen. Vielen Dank für den Hinweis.

Sonstige Wortmeldungen noch unter Verschiedenes?

Das ist nicht der Fall.

Dann bedanke ich mich, schließe die Tagesordnung und auch diese Sitzung. Danke sehr.

Schluss der Sitzung: 12:12 Uhr

Ulrike Bahr, MdB
Vorsitzende